

Am 8. Januar 1939 sassen vier Vertreter der Synagogengemeinde zu Danzig im Hause der Grundstuecksverwaltung der Stadt Danzig dem Kreisleiter der NSDAP Kampe gegenueber. Sie waren von ihm in seiner Eigenschaft als Leiter der Danziger Grundstuecksverwaltung geladen worden, um einen fertig vorbereiteten Vertrag zu unterschreiben, durch den die Synagogengemeinde zu Danzig ihre saemtlichen Grundstuecke und Gebaeude dem Senat der Freien Stadt Danzig verkaufte, und zwar zu dem Zwecke, die restlose Auswanderung der noch in Danzig lebenden Juden mit dem Erloes der Gemeindegrundstuecke finanzieren zu helfen. Ein grosses Bild des Fuehrers, welches auf uns herabblickte, diente als aeusseres Zeichen dafuer, dass die Freie Stadt sich in nichts von anderen Teilen des Dritten Reiches mehr unterschied.

Mit diesem Tage begann das letzte Kapitel ~~in~~ der Geschichte der alten juedischen Danziger Gemeinde, das die Massenauswanderung der noch verbliebenen etwa 5,000 Juden im Angesicht des drohenden deutsch-polnischen Konflikts und die Vernichtung der nicht mehr auswanderungsfahigen Mitglieder der Gemeinde umfasste. Sechs Jahre lang hatten die Danziger Juden unter geschickter und energischer Fuehrung um ihre Existenz gekaempft und den Versuch gemacht, die besondere voelkerrechtliche Stellung Danzigs fuer ihren Kampf auszunuetzen. Die Hoffnung, dass der in Danzig residierende High Commissioner des Voelkerbundes und der hinter diesem stehende Voelkerbundsrat den Danziger Juden das Schicksal der deutschen Juden ersparen wuerde, hatte sich schliesslich als unreal erwiesen. Der zum Ausbruch gekommene Konflikt zwischen Deutschland und Polen zog die kleine juedische Gemeinde in Danzig in seinen Strudel und liess nur einen Ausweg: umfassende und schleunige Auswanderung, solange der Krieg noch nicht ausgebrochen war.

Die Freie Stadt Danzig war durch den Versailler Vertrag von 1919 ins Leben gerufen worden, um einer doppelten Aufgabe zu dienen: Auf der einen Seite sollte die wiedererstandene Republik Polen einen freien Zugang zum baltischen Meer erhalten, auf der anderen Seite sollte das fuer diesen Zweck ihr zur Verfuegung gestellte deutsche Gebiet kulturell deutsch bleiben und Selbstregierung geniessen. Dementsprechend erhielt Polen wichtige wirtschaftliche und verkehrsmaessige Vorrechte in Danzig, insbesondere einen Anteil an der Verwaltung des Hafens und die Verfuegung ueber die Eisenbahnen, waehrend die fast 100% deutsche Bevoelkerung das Recht erhielt, sich ein eigenes Parlament, den Volkstag, und eine eigene Regierung, den Senat, zu waehlen und seine inneren Angelegenheiten souveraan zu regeln. Der High Commissioner des Voelkerbundes, der nach Danzig gesandt wurde, hatte die Aufgabe, in Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen als Vermittler zu dienen, bevor derartige Streitfragen den Voelkerbundsrat selbst beschaeftigten, und es war ferner seine Aufgabe, ueber die Innehaltung der Danziger Verfassung zu wachen, deren Artikel 73 besagte: "Alle Staatsangehoerigen der Freien Stadt Danzig sind vor dem Gesetz gleich. Ausnahmegesetze sind unstatthaft. Oeffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt, des Standes oder Glaubens bestehen nicht."

Entsprechend dieser Gestaltung der Dinge entwickelte sich die Beziehung der Freien Stadt Danzig zum Deutschen Reich und zu Polen in verschiedener Weise. Die Beziehungen zum Deutschen Reich beruhten darauf, dass die Danziger Bevoelkerung in ihrer Zusammensetzung und Gesinnung sich voellig als einen Teil der gesamtdeutschen Bevoelkerung fuehlte. Die politischen Parteien im Volkstag entsprachen den Parteien des Reichstags, vielleicht mit dem Unterschied, dass sie eine etwas schaeferere nationale Tendenz vertrugen, wie dies bei Grenzgebieten ueblich ist. Die Beziehungen zur Regierung in Berlin koennen nicht besser charakterisiert werden, als dies der deutsche Bundesminister des Innern in einer Verwaltungsstreitsache vor dem Oberverwaltungsgericht Muenster im Jahre 1955 formuliert hat, dahingehend, dass Danzig sich bereits in dem Zeitraum von 1920 bis 1933 durch Erlass der entsprechenden Gesetze und

ARCHIV	Kat.
Abz. 2733/61	Rep.
Bis: 25 1762	

<sup>damit</sup>  
Verordnungen <sup>bemuehte</sup>, "die 1920 erfolgte Abtrennung Danzigs nach Kraefften zu ueberbruecken und die aus gemeinsamer Rechtsvergangenheit uebernommene Rechtslage auch weiterhin gleichmaessig und damit so zu gestalten, als ob die Trennung nicht bestuende" ✓

Auf der anderen Seite war Polen das wirtschaftliche Hinterland, von dem der Danziger Hafen und der Danziger Handel lebten, und alles, was diese wirtschaftliche Beziehung schaedigen koennte, musste fuer die Danziger Wirtschaft und die arbeitende Bevoelkerung katastrophale Folgen haben.

Die Juden befanden sich in Danzig seit Jahrhunderten. Im 18. Jahrhundert hatten sie in den Vororten kleine Gemeinden gebildet. Nach der Besetzung Danzigs durch Napoleon erhielten sie auch das Recht, sich innerhalb der Stadtmauern niederzulassen, und im Jahre 1883 schlossen sich fuenf kleine Gemeinden zu der Einheitsgemeinde zusammen, welche seitdem unter dem Namen Synagogengemeinde zu Danzig organisiert war. Es bestanden innerhalb des Gebiets der Freien Stadt Danzig ausserdem kleine Gemeinden in Zoppot, Neuteich und Tiegenhof. Bei Ende des ersten Weltkrieges erlebte die juedische Gemeinde einen grossen zahlenmaessigen Aufschwung, und zwar einmal durch Zuzug von Juden aus den an Polen abgetretenen Ostprovinzen (Westpreussen, Posen), zum anderen durch Juden, die aus den russischen Wirren jener Zeit fluechteten und sich in der Freien Stadt Danzig eine neue Existenz aufzubauen suchten. Dieser Zuzug aus dem Osten stellte fuer die wirtschaftliche Entwicklung der Freien Stadt ein ~~sehr~~ sehr nuetzliches Element dar, da die russischen und zum Teil polnischen Juden die gegebenen Vermittler zwischen dem polnischen Hinterland und der Hafenstadt Danzig waren und erheblich zu ihrer wirtschaftlichen Entfaltung beitrugen. Aus der fruher provinziell beeengten Garnisonstadt wurde ein aufbluhendes Handelszentrum, in dem insbesondere der Holz-, Getreide- und Heringshandel eine internationale Rolle zu spielen begannen, nicht zuletzt durch die aktive Betaetigung juedischer Kaufleute. Dies war die Situation, welche das Jahr 1933 in Danzig vorfand.

<sup>Anno</sup>  
<sup>Leubardt</sup>  
Aus der Darstellung des nachmaligen ersten nationalsozialistischen Senatspraesidenten in Danzig, Dr. Hermann Rauschnig, in seinem Buch "Gespraech mit Hitler" (Europa-Verlag New York, 2. Auflage 1940) sind wir darueber informiert, dass Hitler kurz nach dem Reichstagsbrand seinen Gauleiter Albert Forster, der ihn in Danzig vertrat, und den Bauernfuehrer Dr. Rauschnig zu sich bestellte, um ihm ueber die Lage in Danzig Bericht zu erstatten und ihnen den Befehl erteilte, in Danzig schleunigst Neuwahlen zum Volkstag herbeizufuehren, um die Gleichschaltung mit der Lage im Reich zu erzwingen. (S. 76, 77 a.a.O.) Tatsaechlich erfolgten sehr wesentliche Schritte zur Gleichschaltung bereits vor diesen Neuwahlen. Am 2. Mai 1933 waren die Haeuser der Freien Gewerkschaften in Deutschland besetzt worden. Am 9. Mai 1933 beschlagnahmte der Generalstaatsanwalt in Berlin das Vermoegen der SPD und des Reichsbanners, und am 12. Mai 1933 wurde die Beschlagnahme auf das deutsche Gewerkschaftsvermoegen ausgedehnt und Dr. Ley zum Vermoegenspfleger bestellt. Am gleichen Tage x erlangte der Beauftragte von Dr. Ley in Danzig eine gerichtliche einstweilige Verfuegung, durch die den Danziger freien Gewerkschaften aufgegeben wurde, ihr Vermoegen an den Vertreter der Berliner Zentrale auszuliefern. Das Gericht begruendete seinen Beschluss damit, dass die Danziger Gewerkschaften lediglich Filialen der deutschen Zentrale darstellten. Am 28. Mai 1933 fanden dann die von Hitler befohlenen Wahlen zum Volkstag statt, welche den Nationalsozialisten 38 Mandate von einer Gesamtzahl von 72 brachten. Die Wahl wurde zwar wegen zahlreicher Faelle von Wahlbeeinflussung angefochten, aber das Danziger Obergericht erklaerte, dass die vorgekommenen Unregelmassigkeiten keinen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis der Wahlen gehabt haetten, und somit waren die Nationalsozialisten im Sattel. Bereits am 24. Juni 1933 erhielt die neue Regierung durch das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat die Ermaechtigung zu weitestgehenden Massnahmen im Wege der Verordnungswege.

Die Verfassungsmaessigkeit dieses Gesetzes wurde zwar durch den Staendigen internationalen Gerichtshof 1935 angezweifelt, aber seine Anwendung und seine Auswirkungen blieben bestehen.

Sofort nach Antritt der Regierung Rauschning setzte eine zielbewusste Tätigkeit in der Richtung ein, die Juden aus dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben auszusondern. Das Ziel war, das nationalsozialistische Programm so weit wie irgend möglich durchzuführen, dabei jedoch die politisch und wirtschaftlich zu jener Zeit wichtigen Verbindungen mit Polen nicht zu beeinträchtigen. Alle Juden, die im öffentlichen Dienst tätig waren, wurden, soweit sie im Angestelltenverhältnis standen, sofort entlassen, soweit es sich um Beamte handelte, aus allen wichtigen Positionen entfernt. Einer der leitenden Beamten, der Senatsrat Ernst Berent, wurde vom Präsidenten aufgefordert sich pensionieren zu lassen, und, als er dies ablehnte, seiner Ämter enthoben. Der sofort eingeleitete Boykott machte sich im Wirtschafts- und im gesellschaftlichen Leben schnell fühlbar. Jüdische Angestellte wurden überall entlassen. Nichtjüdische Angestellte jüdischer Firmen gaben ihre Stellungen auf. Berufliche Societäten von Juden und Nichtjuden wurden aufgelöst. Die Inanspruchnahme jüdischer Anwälte, Ärzte und Zahnärzte, der Kauf in jüdischen Geschäften, die Beschäftigung jüdischer Handwerker wurde von der Partei scharf überwacht, und den gegen den angeordneten Boykott verstossenden Personen wurden Strafmassnahmen angedroht, was kaum jemals seine Wirkung verfehlte. Zahlreiche Ladengeschäfte, Büros und Gastwirtschaften hatten Anschläge "Juden nicht erwünscht" auszuhängen, und zeitweise sorgten uniformierte S.A. Posten dafür, dass der Boykottanordnung Folge geleistet wurde. Die Polizei nahm von alledem keine Notiz, auch nicht von den Aushängen des "Stürmer", und Versuche, sie zum Eingreifen zu veranlassen, blieben erfolglos.

In Reaktion auf diese Massnahmen der Partei und ihrer Duldung und Förderung durch die von der Partei abhängige Regierung bildete sich der Verein jüdischer Akademiker .....

In Reaktion auf diese ersten Massnahmen der Regierung bildete sich der Verein juedischer Akademiker, der unter der Fuehrung der Rechtsanwaelte Walter Gerson und Bernhard Rosenbaum daran ging, gegen die verfassungswidrige Behandlung der Juden zu protestieren. Die Regierung fuerchtete Rueckwirkungen auf die Beziehungen mit Polen, und es kam auf Veranlassung des Danziger Hafenausschusses, in dem Danziger und polnische Vertreter zu gleichen Teilen vertreten waren, zu einer Zusammenkunft am 21. August 1933 zwischen dem stellvertretenden Senatspraesidenten Greiser und den vorgenannten Anwaelten Gerson und Rosenbaum sowie dem Inhaber einer grossen Baufirma, Max Feldmann. Der Zweck dieser Zusammenkunft von Seiten des Senats war der, zu erreichen, dass in der Kongresszeitung des in Prag um diese Zeit zusammentretenden zionistischen Kongresses eine Mitteilung erscheinen sollte, welche einen Boykott der Danziger Wirtschaft durch polnische Kreise verhueten sollte. Demgemaess gab Greiser am 21. August 1933 eine Erklaerung ab, in der es hiess, dass der Arier-Paragraph in Danzig nicht in Frage komme, und dass die Danziger Regierung gewillt sei, die Verfassung und alle Vertraege genau zu beachten, und diese Versprechungen, wie bisher, so auch in Zukunft einhalten wuerde. Demgegenueber unterbreiteten die drei juedischen Vertreter in zwei ausfuehrlichen Eingaben vom 12. September 1933 und 11. Oktober 1933 alle die Faelle, in denen die nationalsozialistische Regierung im klaren Gegensatz zu ihrer Erklaerung gegen die verfassungsmaessige Gleichberechtigung der Juden bereits verstossen hatte. Auf Grund dieser Beschwerden wurden die juedischen Vertreter am 27. Oktober 1933 von Senatspraesident Dr. Rauschning wiederum empfangen. Rauschning versuchte, die vorgekommenen Uebergriffe damit zu erklaren, dass die deutsche Revolution nicht an den Staatsgrenzen Halt gemacht habe, und dass gewisse Undiszipliniertes im Gefolge jeder Revolution unvermeidbar seien, dass jedoch er den festen Willen habe, allmahlich die Zustaeude so zu aendern, dass die juedischen Staatsbuenger zu ihrem vollen Recht kaemen. Er stellte anheim, auch in Zukunft Beschwerden ihm vorzutragen.

ES-1762-4

Am 1. November 1933 uebernahm ein neuer Vorstand die Leitung der Synagogengemeinde zu Danzig, der aus Liberalen und Zionisten gleichmaessig zusammengesetzt war, und an dessen Spitze Senatsrat Ernst Berent und R.-A. Bernhard Rosenbaum standen. Ernst Berent hatte bereits 8 Jahre lang als Finanzdezernent dem Vorstand angehört und brachte fuer sein Amt als Vorsitzender eine grosse Erfahrung in der Verwaltung mit, sowie die Faehigkeit, die Rechte und Interessen der Danziger Juden mit grosser Energie gegenueber der Regierung zu vertreten, ohne Ruecksicht auf die Tatsache, dass er als Regierungsbeamter von ihr abhaengig war. R.-A. Rosenbaum genoss in Danzig als einer der hervorragendsten Juristen und Autoritaet auf vielen Wissensgebieten ungewoehnliches Ansehen und war daher zusammen mit Ernst Berent der geeignete Mann, in dieser schweren Zeit die Danziger Juden zu fuehren. Von da ab uebernahm der Vorstand der Synagogengemeinde die aktive Fuehrung in der Vertretung der Danziger Juden gegenueber der Regierung, waehrend der Verein juedischer Akademiker unter der Leitung von R.-A. Gerson weiterhin auf Gebieten taetig war, die der Synagogengemeinde ihrer allgemeinen Struktur wegen nicht ohne weiteres zugaengig waren. Insbesondere

3. Vor dem Absatz: Der Gemeindevorstand begnügte sich nicht mit ständigen schriftlichen Beschwerden .....  
ist folgender Absatz einzuschalten: BS-7762-5

L Die Gemeinde selbst trug der Notwendigkeit, zahlreiche neue Aufgaben zu übernehmen, dadurch Rechnung, dass sie im Sommer 1933 die Stelle eines Gemeindesyndikus schuf, die dem Verfasser übertragen wurde. Neben der laufenden Verwaltung lag ihm vor allem die Redaktion des neu geschaffenen Gemeindeblatts ob, das nach der Gleichschaltung oder Unterdrückung der nonkonformistischen Presse eine besondere Bedeutung in Danzig erlangte - und nicht nur für die Gemeindeglieder. Es ist bemerkenswert, dass das Gemeindeblatt bis zu seinem Ende im Jahre 1939 fast unbegleitet blieb. Eine andere Hauptaufgabe des Syndikus lag auf kulturellem Gebiet. Der Besuch von Theater- und musikalischen Veranstaltungen war Juden nicht mehr möglich. Von allen kulturellen Vereinigungen waren sie ausgeschlossen. Hier Ersatz zu schaffen, war eine nicht immer einfache, aber oft lohnende Verpflichtung. So entstand der jüdische Kulturbund in Danzig, der einheimischen und fremden jüdischen Künstlern Betätigungs- und Verdienstmöglichkeiten schuf. Den Danziger Juden erhielt er den Zusammenhang mit ihren alten kulturellen Grundlagen und brachte ihnen bisher oft vernachlässigte jüdische Kulturwerte näher.

galt dies von den Beziehungen zu juedischen Organisationen im Auslande sowie zum Voelkerbund. Es hatte sich ferner aus den Kreisen der Danziger Berufstaetigen die Vereinigung juedischer Arbeitnehmer unter Leitung des fruheren Koenigsberger Rechtsanwalt Dr. Walter Lepehne gebildet, die sich zum Ziel setzte, die juedischen Arbeitnehmer, welche fast restlos von den christlichen Firmen unter dem Druck der Partei entlassen worden waren, bei juedischen Firmen unterzubringen und ihre Interessen auch hinsichtlich der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung zu vertreten, nachdem die Gewerkschaften in Folge ihrer Gleichschaltung ihre juedischen Mitglieder hatten ausschliessen muessen. Ebenso hatte sich ein Verband der juedischen Handwerker und Gewerbetreibenden unter der Leitung von David Jonas gebildet, der die Selbsthilfe des juedischen Mittelstandes zu organisieren suchte.

Der Gemeindevorstand begnuegte sich nicht mit staendigen ~~schriftlichen~~ Beschwerden an die Regierung, die spaeter unter dem Titel "Juedische Beschwerden betreffend die Lage und Behandlung der Juden in Danzig" zusammengefasst und an die geeigneten Stellen versandt wurden. (Die Wiener Library besitzt diese Broschuere). Die Entwicklung der Ereignisse machte es notwendig, positive Massnahmen im Interesse der Danziger Juden zu treffen, und zwar vor allem auf kulturellem Gebiet. Bereits am 15. September 1933 hatte das Juedische Gemeindeblatt eine Verordnung des Senats veroeffentlicht, die den deutschen Gruss in den Schulen einfuehrte. Diese Anordnung war nur ein aeusseres Symbol fuer die Situation, in der sich die juedischen Schueler seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in den Volksschulen und hoeheren Schulen befanden. Die nationalsozialistisch eingestellten Mitschueler und zum Teil auch die Lehrer machten das Verbleiben der juedischen Schueler in der allgemeinen Schule zu einer Unmoeglichkeit. Der Gemeindevorstand fuehrte Verhandlungen mit der Schulabteilung des Senats herbei, die zur Errichtung einer juedischen Volksschule zum Beginn des Schuljahrs 1934 fuehrten. An diese Schule wurden zunaechst drei juedische Lehrer, die im oeffentlichen Dienst standen, von der Regierung ~~uberfuehrt~~. Im Laufe der Jahre wurde eine 8-klassige Volksschule aus kleinen Anfaengen entwickelt, an der unter Leitung des Lehrers Samuel Echt ein grosser Stab juedischer Lehrkraefte taetig war, und in der mehrere hundert Kinder Volksschulunterricht nach dem staatlichen Lehrplan, aber unter Betonung der juedischen Besonderheit erhielten. Fuer die Schueler der hoeheren Schule war das Problem schwieriger, aber auch hier fand sich eine Loesung, indem die Studienassessorin Dr. Ruth Rosenbaum eine hoehere Schule auf der Basis eines Reform-Realgymnasiums von 1934 klassenweise aufbaute und Anfang 1937 vom Senat die Anerkennung erhielt, die Reifepruefung fuer die Absolventen dieser Schule abzunehmen. Beide Schulen stellten eine wesentliche Bereicherung des juedischen Lebens in Danzig dar und entwickelten aus der Verfolgung durch die Umwelt positive Kraefte des Widerstandes und des Aufbaus.

Bei alle dem gingen die Angriffe auf Juden und die Hetze zum Boykott in vielen Formen weiter, und die Beschwerden der Gemeinde bei Rauschning und bei seinem Nachfolger Greiser blieben ohne jeden Erfolg. Ein von der Regierung versprochenes Gesetz gegen Kollektivbeleidigung wurde nicht erlassen. Die Regierung gab im allgemeinen Antworten, welche die Beschwerden entweder als unbegrundet oder als uebertrieben zurueckwiesen, bis in einem Schreiben vom 20. April 1935 Greiser dem Vorstand der Gemeinde vorwarf, er habe durch

seine Beschwerden die Regierung verunglimpft und <sup>Acher</sup> habe mit der Beantwortung von Eingaben, die den im Verkehr mit der hoechsten Staatsbehoerde angemessenen Ton vermissen lassen, in Zukunft nicht mehr zu rechnen. Der Vorstand der Gemeinde setzte seine Beschwerden gleichwohl fort, erhielt jedoch vom Senat keine Antworten mehr.

In die <sup>gleiche</sup> ~~selbe~~ Richtung deutete das Vorgehen der Regierung gegen die Zeitung "Danziger Echo" und deren Herausgeber Theodor Loevy. Diese Zeitung hatte es gewagt, in einem Aufsatz vom 8. April 1935 - "Um die rechtliche Lage der Juden in Danzig" - und "Schwere Beunruhigung unter den Danziger Juden" - auf den Boykott hinzuweisen, dem die Juden ausgesetzt waren, und angedeutet, dass der Ruecktritt des ersten Senatspraesidenten, Dr. Rauschnig, im November 1934 moeglicherweise damit zusammenhaenge, dass die Regierung schaeferere Massnahmen gegen die Juden ergreifen wolle. Die Zeitung wurde verboten, und auf die Beschwerde des Herausgebers erging ein Senatsbeschluss am 7. Mai 1935, in dem der Senat die Beschlagnahme der betreffenden Nummer damit begruendete, dass die Zeitung in den beanstandeten Artikeln eine den Tatsachen nicht entsprechende Berichterstattung gebracht habe, die dazu angetan sei, in Kreisen der in Danzig wohnenden Juden sowohl Zweifel an der Objektivitaet der Danziger Regierung und ihrer Sicherheitsorgane als auch ein beunruhigendes Empfinden der Rechtsicherheit aufkommen zu lassen. Eine derartige Berichterstattung sei geeignet, die oeffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefaehrden, und die Massnahme des Polizeipraesidenten sei daher gerechtfertigt. Am 8. Juni 1935 teilte das nationalsozialistische Blatt "Der Danziger Vorposten" mit, dass Theodor Loevy verhaftet worden sei. Er wurde unter der Bedingung freigelassen, dass er Danzig sofort verliess, und versuchte, das "Danziger Echo" von Gdingen aus weiter herauszugeben. Nach wiederholten Beschlagnahmungen wurde die Zeitung vom Polizeipraesidenten am 22. Juli 1936 fuer 10 Monate verboten, und damit war ihr Schicksal besiegelt.

Im Jahre 1935 gelangten eine Reihe von Beschwerden von Seiten Danziger Minderheitsvertreter, <sup>darunter</sup> auch vom Verein juedischer Akademiker und der Vereinigung selbstaendiger juedischer Gewerbetreibender, zur Eroerterung vor dem Voelkerbundsrat in Genf. Seit 1934 war als High Commissioner der Ire Sean Lester in Danzig taetig, welcher sich redliche Muehe gab, die Verstoesse der Danziger Regierung gegen die Verfassung zu inhibieren. Nachdem seine Verhandlungen mit dem Senat ergebnislos verlaufen waren, berichtete er an den Voelkerbundsrat, und am 23. September 1935 fand eine laengere Debatte vor dem Voelkerbundsrat statt, in welcher der englische Aussenminister Eden als Bericht-erstatte fungierte. (Monatsberichte ueber die Taetigkeit des Voelkerbundes, Jahrgang 1935, Band XV). Eden wies darauf hin, dass der Rat sich frueher ausschliesslich mit den Beziehungen zwischen Danzig und Polen habe befassen muessen, in letzter Zeit dagegen nur noch mit inneren Danziger Angelegenheiten. Er wies darauf hin, dass ein Juristenkomitee eine Reihe von Verordnungen der Danziger Regierung, welche saemtlich auf dem Ermaechtigungsgesetz basierten, fuer verfassungswidrig erklart habe und ebenso die Verfassungsmaessigkeit einer Reihe anderer Massnahmen, insbesondere <sup>der</sup> von den juedischen Organisationen vorgetragenen, Faelle bezweifelte. Er schlug eine Resolution vor, die den Danziger Senat dazu anhalten sollte, in Zukunft die vom Voelkerbund garantierte Verfassung nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach genau innezuhalten. Der franzoesische Vertreter Laval schloss sich Eden an. Der Vertreter Polens, Beck, sprach die Hoffnung aus, dass in Zukunft interne Fragen Danzigs an Ort und Stelle wuerden erledigt werden koennen. Greiser, welcher Danzig vertrat, ruehmte die guten Beziehungen zwischen Danzig und Polen seit Regierungsuebernahme der Nationalsozialisten und erklarte, Danzig als unabhaengiger Staat koenne seine internen Angelegenheiten allein erledigen. Die Regierung sei stets in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Danziger Obergerichts gewesen, was die Verfassungsmaessigkeit ihrer Verordnung betreffe, und werde auch weiterhin die Verfassung innehalten. Lester blieb bis 1937 in Danzig, und sein Nachfolger wurde der schweizer Professor Burckhardt. Der fruehere Danziger Senats-Vizepraesident Dr. Ernst Ziehm hat in seinem Buch "Aus meiner politischen Arbeit in Danzig 1914-1939" (Verlag Hender Institut, Marburg, S. 112 ff.)

7. Auf Seite 6 letzter Absatz ist Satz 3 (Zeile 5 des Absatzes)  
wie folgt zu fassen:

ES-1762-8

Es wurde von der Gemeinde ein eigenes Auswanderungsbüro eingerichtet, das nach den Grundsätzen ~~der~~ und mit der Unterstützung der grossen jüdischen Auswanderungsorganisationen versuchte, den zur Auswanderung drängenden Danziger Juden .....

Von 1933 bis 1937 führten die Juden in Danzig das Leben einer von der Umwelt ausgeschlossenen, für unrein erklärten Minderheit. Im Gegensatz zu den immer wieder wahrheitswidrig abgegebenen Regierungserklärungen, dass die Juden in ihren verfassungsmässigen Rechten geschützt würden, waren sie tatsächlich rechtlos und verloren wirtschaftlich immer mehr den Boden unter den Füssen.

Im Laufe dieser Jahre lösten sich die kleinen Gemeinden in Neuteich und Tiegenhof auf, da die in diesen Landstäedten wohnenden Juden unter dem Druck des Boykotts ihre Existenz nicht aufrecht erhalten konnten, und auch viele Hunderte aus den grösseren Gemeinden sahen sich genötigt, aus Danzig auszuwandern. Hierzu gehoerten insbesondere juedische Persoanlichkeiten, die fuehrende Stellungen in allgemeinen Wirtschaftsunternehmungen innegehabt und dort entlassen worden waren, ebenso Jugendliche, die ihre berufliche oder vorberufliche Ausbildung nicht weiterfuehren konnten, Absolventen der Technischen Hochschule, welche in der Danziger Industrie keine Arbeit mehr fanden, und ueberhaupt Viele, welche eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Existenz nicht mehr durchhalten konnten. Die Gemeindekoerper-schaften hatten insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens Einrichtungen geschaffen, welche der Jugend die Fortsetzung ihrer Ausbildung soweit ~~xxx~~ moeglich gewaehren sollten; auf wirtschaftlichem Gebiet hatten die Danziger Juden in der Jewish Public Bank A.G. ein Institut, das mit Hilfe oeffentlicher Mittel dem juedischen ~~xxx~~ konnte, bei den allgemeinen Banken ~~er-Seite~~ stand, der nichtmehr darauf rechnen

400  
25-172-70  
Am 20. und 21. Oktober 1937 wurden den zahlreichen jüdischen Markthändlern, meist Zuwanderern aus dem Osten, abgesonderte Plätze auf den Wochenmärkten zugewiesen, und am Sonnabend, dem 23. Oktober, kam es zu organisierten Plünderungen jüdischer Geschäfte, bei denen die Polizei sich jeden Eingreifens enthielt. Es war lediglich vorher die Anweisung gegeben worden, dass keine Brandstiftungen erfolgen dürften, da diese zu Schädigungen auch von Nichtjuden führen könnten. Der Polizeipräsident war ~~w~~ während dieser Expedition nicht erreichbar. In einer später erlassenen amtlichen Erklärung hiess es: "Der Grund für die Ausschreitungen liegt auch in dem in folge von Vorgängen ausserhalb Danzigs gehäuften Auftreten ostjüdischer Typen in Danzig. Es musste aber auch festgestellt werden, dass jüdische Personen von den Fenstern aus durch Schimpfworte die Bevölkerung reizten." Am 27. Oktober wurden Senatsrat Berent und Rechtsanwalt Dr. Rosenbaum auf ihren Wunsch vom Präsidenten Greiser empfangen. Herr Berent schilderte, wie er am Krawalltage persönlich an Ort und Stelle erfolglos versucht habe, uniformierte Polizeibeamte zum Einschreiten gegen die Plünderer zu veranlassen, und stellte fest, dass die Polizei ihre Pflicht nicht erfüllt habe. Das führte zu einer Erklärung des Präsidenten Greiser dahin, dass

28-7762 -77  
"das Ziel von Staat und Partei in Danzig sei, das politische und sonstige Leben in Danzig voellig mit dem Reich gleichzuschalten, auch dann, wenn die Entwicklung ueber den Rahmen der Verfassung hinausgreife. Von dieser Richtung werde die Regierung sich durch niemand abbringen lassen." (Jued. Gemeindeblatt vom 29. Oktober 1937). Im uebrigen erlaarte Greiser, dass die Regierung die Ausschreitungen nicht billige, und in der Frage der Foerderung einer geordneten Auswanderung eine Zusammenarbeit zwischen dem Senat und den Juden moeglich sei.

← Ende Oktober wurde <sup>im Jahr</sup> der Direktor der Jewish Public Bank, Dr. Leo Goldhaber, sowie zwei andere leitende Herren der Bank unter der Beschuldigung verhaftet, durch Geldueberweisungen nach Palaestina gegen die Devisenvorschriften verstossen zu haben. Der Bank wurde die Befugnis als Devisenbank entzogen. Der Vorsitzende der Gemeinde, Senatsrat Berent, uebernahm die Leitung der Bank und war genoetigt, ihre Liquidation durchzufuehren. Damit war den Danziger Juden eine wesentliche Stuetze in ihrer Existenz entzogen worden. Die verhafteten Leiter wurden nach laengerer Zeit freigelassen und mussten Danzig verlassen. Spaeter wurde das gegen sie eingeleitete gerichtliche Verfahren eingestellt, da sie sich keines Vergehens schuldig gemacht hatten.

Diese Ereignisse liessen keinen Zweifel mehr daran, was die Stunde geschlagen hatte, und es setzte nunmehr eine Tausende umfassende Auswanderung von Juden aus Danzig ein. Bereits Anfang November 1937 erschien Dr. James Bernstein, einer der Leiter der "Hicem", aus Paris in Danzig, um die Auswanderungsarbeit zu organisieren. ~~Nach den Prinzipien der grossen juedischen Auswanderungsorganisationen wurde versucht, den zur Auswanderung draengenden Danziger Juden~~ Einreisemoeglichkeiten in ueberseeischen Laendern nach den dort bestehenden Einwanderungsbestimmungen zu verschaffen. Von diesen Moeglichkeiten konnten naturgemaess nur diejenigen Gebrauch machen, welche die formellen Einwanderungsbedingungen erfuellten, insbesondere von Verwandten angefordert oder die vorgeschriebenen Vorzeigegelder aufbringen konnten. Infolgedessen umfasste die

25-4762-92  
9. Auf Seite 7 im zweiten Absatz Zeile 17 ist der Satz: Am 8. November  
1938 .... wie folgt zu fassen:

Am 8. November 1938 mussten sich die Gemeindegörperschaften von dem langjährigen Vorsitzenden der Gemeinde Ernst Berent verabschieden, der nach Weisung der Regierung innerhalb einer gesetzten Frist Danzig zu verlassen und in nicht-deutsches Ausland auszuwandern hatte. Wenige Tage nach dieser Abschiedsfeier .....

Auswanderungsbewegung, die im Herbst 1937 einsetzte, vor allem die wohlhabenden Gemeindeglieder, Akademiker, grossere Kaufleute und andere Personen, die fuer eine individuelle Auswanderung dieser Art die Vorbedingungen schaffen konnten. Obgleich Greiser erklart hatte, dass die Regierung einer juedischen Auswanderung aus Danzig positiv gegenueberstehe, setzten nunmehr Massnahmen der Behoerden gegen die auswanderungsfahigen und -potenten Gemeindeglieder ein. Eine grosse Reihe von fuehrenden juedischen Kaufleuten wurde auf Veranlassung des Steueramts mit der Behauptung verhaftet, dass sie fluchtverdaechtig seien und ihre Einkommen nicht richtig ~~angegeben~~ und versteuert haetten. Sie wurden im allgemeinen freigelassen, sobald sie sich Steuernachzahlungen unterworfen hatten, die viele Zehntausende in Danziger Gulden oder Devisen umfassten, und verliessen dann nach Verlust eines grossen Teils ihres Vermoegens Danzig. Ende November erschienen Vertreter des Joint und der ICA in Danzig und stellten zunaechst Mittel zur Verfuegung, um den Juden polnischer Staatsangehoerigkeit die Rueckwanderung nach Polen zu ermoeeglichen. Es setzte eine starke Abwanderung, besonders kleinerer juedischer Existenzen, Haendler und Handwerker nach Polen ein, waehrend die Auswanderung nach Uebersee, vor allem nach Amerika und Palaestina gerichtet war. Am 22. November 1937 erliess der Senat eine Verordnung, die dem Steueramt die Moeglichkeit gab, Treuhaender in Geschaeftsbetriebe einzusetzen und das Vermoegen eines Steuerschuldners zu beschlagnahmen, und von dieser Verordnung wurde gegenueber den juedischen Betrieben in weitem Masse Gebrauch gemacht.

Um die <sup>selben</sup> Zeit wurde den Gemeindegkoerperschaften von <sup>denen</sup> Seiten des in Auswanderungsfragen besonders erfahrenen Repraesentanten Hermann Segal der Vorschlag gemacht, die Gemeinde solle aktiv darangehen, eine juedische Massenauswanderung aus Danzig zu organisieren. Der Vorschlag fand jedoch zu diesem Zeitpunkt keine Zustimmung. Die Gemeinde begnuegte sich damit, denen, die auswandern wollten, hierbei behilflich zu sein. Auf diese Weise verliessen von den im Gebiet der Freien Stadt Danzig lebenden Juden, deren Zahl im Jahre 1933 mit etwa 11,000 angenommen werden kann, bis zum Herbst 1938 etwa 5,000 die Freie Stadt. Die grossen Steuerzahler der Gemeinde verliessen Danzig in diesem Zeitraum, und es blieben in der Hauptsache diejenigen zurueck, die keine Moeglichkeit sahen, die Bedingungen, welche die Einwanderungslaender in Uebersee stellten, zu erfuehlen. Eine Firma nach der anderen wurde arisiert, und der juedische Grundbesitz in Danzig ging zu einem erheblichen Teil in arische Haende ueber, um den Juden die Mittel zu ihrer Auswanderung zu verschaffen. Das juedische Gemeindeblatt jener Monate ist voll von Mitteilungen darueber, welche Firmen nicht mehr in juedischem Besitz <sup>sind</sup>, und welche Gemeindeglieder Abschied genommen haetten. Am 8. November 1938 mussten sich die Gemeindegkoerperschaften von dem langjaehrigen Vorsitzenden der Gemeinde Ernst Berent verabschieden, ~~der aus Danzig nach England auswanderte.~~ Wenige Tage nach dieser Abschiedsfeier kam es in Danzig zu dem Gegenstueck der sogenannten Kristallnacht, die in Deutschland in jenen Tagen organisiert wurde, und zwar wurde die Synagoge in Zoppot verbrannt, und die Langfuhrer Synagoge voellig demoliert, waehrend die Danziger Synagogen an der Reitbahn und Mattenbuden durch das Eingreifen des stellvertretenden Gemeindevorsitzenden R.-A. Dr. Rosenbaum im letzten Augenblick gerettet wurden. Zur gleichen Zeit wurden die juedischen Ladengeschaefte, die noch bis dahin durchgehalten hatten, systematisch angegriffen und gepluendert. Der "Danziger Vorposten" begruendete diese Aktionen damit, dass die deutsche Bevoelkerung in Danzig aus Empoerung ueber die Ermordung des deutschen Diplomaten v. Rath in Paris gehandelt habe. Am Morgen des 13. November 1938 wurden Haussuchungen bei fuehrenden Mitgliedern der Gemeinde vorgenommen, angeblich auf der <sup>Suche nach</sup> Suche nach Waffen. Rechtsanwalt Rosenbaum, dessen Buero gleichfalls durchsucht wurde, war zufaellig am Vorabend auf Urlaub gefahren. Die Leitung der Gemeinde uebernahm nunmehr Dr. Kurt Itzig und suchte um eine Unterredung mit dem Polizeipraesidenten nach. Diese fand am 19. November 1938 statt und diente dem Ziel, eine ordnungsmaessige Durchfuehrung der juedischen Auswanderung zu ermoeeglichen.

*[Handwritten scribble]*

*ja fahr dann*

Die Leitung der Gemeinde bemühte sich, <sup>mit die</sup> den Schutz der Danziger Juden gegen-  
ueber weiteren Gewaltaktionen von den Behoerden zu erhalten, um die Auswanderung  
der in Danzig noch verbliebenen etwa 5,000 Juden durchfuehren zu koennen.  
Am 21. November 1938 veroeffentlichte die Regierung eine Verordnung zum Schutz  
des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, welche nach dem Muster der  
Nuernberger Gesetze Eheschliessungen zwischen Juden und Nichtjuden unter Strafe  
stellte, sowie die Beschaeftigung nichtjuedischer Hausangestellter durch  
Juden verbot. Am 17. Dezember 1938 fand auf Anordnung des Polizeipraesidenten  
eine Versammlung aller Danziger Juden in der Grossen Synagoge statt, welche  
dazu bestimmt war, die Behoerden von der Ernsthaftigkeit des Auswanderungs-  
willens der Danziger Juden zu ueberzeugen. In dieser Massenversammlung sprachen  
der Vorsitzende der Gemeinde, Dr. Kurt Itzig, der Vorsitzende der zionistischen  
Organisation, Dr. Herbert Levy, ferner Hermann Segal, sowie der Vorsitzende  
der Repraesentantenversammlung, Dr. Kurt Rosenthal. Am Schluss nahm die  
Versammlung durch Erheben von den Plaetzen eine Resolution an, in der sie  
ihren Willen zum Ausdruck brachte, so schnell wie moeglich aus Danzig auszu-  
wandern und der Leitung der Gemeinde Vollmacht erteilte, alle Schritte zu  
diesem Ziel zu ergreifen. Das Gemeindeblatt vom 22. Dezember 1938 brachte einen  
ausfuehrlichen Bericht ueber diese Versammlung, an der eine grosse Anzahl  
leitender Beamter der Danziger Polizei teilnahmen. Die weitere Durchfuehrung  
der juedischen Auswanderung aus Danzig wurde seitens der Behoerden in die  
Haende des Berliner SS,-Fuehrers Dr. Troeger gelegt, welcher zum stellvertretenden  
Polizeipraesidenten und Leiter der Geheimen Staatspolizei in Danzig bestellt  
wurde.

Am 8. Januar 1939 wurden, wie bereits zu Anfang dieses Berichts erwaeht,  
die Vertreter der Gemeinde zu dem Leiter der Danziger Grundbesitzverwaltung  
bestellt und mussten dort einen Vertrag unterzeichnen, durch den der Grundbesitz  
der Gemeinde der Danziger Regierung uebertragen wurde. Die Synagogen an der  
Reitbahn und Mattenbuden wurden abgebrochen, doch konnte die Leitung der Gemeinde  
das Gemeindearchiv an die juedische Gemeinde in Jerusalem ueberfuehren. Die  
wertvolle Sammlung juedischer Kultgeraete, welche der Kaufmann Gieldzinski  
seinerzeit gestiftet hatte, wurde auf Verlangen der Regierung zu Geld gemacht  
und vom Joint erworben, der sie spaeter in New York im Juedischen Museum auf-  
stellte.

Vom 1. Januar 1939 ab wurde in Auswirkung der in Deutschland vorgenommenen  
Entziehung der aertzlichen Zulassungen auch den juedischen Aerzten in Danzig  
die Zulassung entzogen; und es wurden lediglich zwei juedische Aerzte zur  
Heilbehandlung von Juden zugelassen. Und

In der Nacht vom 2. zum 3. Maerz 1939 versammelten sich auf Anordnung  
der Polizei etwa 500 Juden auf dem Packhof in Danzig, um von dort mit Lastautos  
nach Marienburg transportiert und in einen plombierten Zug gesetzt zu werden,  
der sie unter Aufsicht der Bestapo nach dem Donaudelta brachte. Von dort hatten  
sie unter Zuruecklassung ihrer Papiere mit einem kleinen Frachtschiff namens  
"Astir" weiterzufahren und den Versuch zu machen, illegal nach Palaestina zu  
gelangen. Die Abfahrt dieser 500 Juden konnte in einer Stadt wie Danzig nicht  
unbemerkt vor sich gehen; sie erregte grosses Aufsehen sowohl bei den  
konsularischen Vertretern der in Danzig vertretenen Staaten als auch bei der  
einfachen Bevoelkerung, welche keineswegs mit den nationalsozialistischen  
Verfolgungsmassnahmen sympathisierte. Als die Auswanderer ~~ix~~ mit ihren  
Rucksaecken in der Nacht den Weg zum Packhof antragen, weigerten sich viele  
Danziger Taxichauffeure, von ihnen Fahrgeld anzunehmen. Die Fahrt dieser  
Fuenfhundert war mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden; erst nach 4 Monaten  
konnte das Danziger Radio mitteilen, dass die Teilnehmer an der palaestinensischen  
Kueste gestrandet und an Land gebracht worden seien. Viele waren unterwegs in  
Folge der unertraeglichen Bedingungen, die auf dem Schiff herrschten, erkrankt  
und verletzt worden. Alle waren durch den Mangel an Lebensmitteln und Trinkwasser  
voellig erschoept.

*Zusammenfassung*

An dem selben 3. Maerz 1939 erliess die Regierung eine Verordnung zur Foerderung der juedischen Auswanderung, durch welche alles in Danzig befindliche juedische Vermoegen, insbesondere der noch in juedischen Haenden befindliche Grundbesitz, beschlagnahmt und dem Judenkommissar unterstellt wurde. Als Beauftragter zur Sicherstellung der juedischen Auswanderung wurde der Oberregierungsrat Hildebrandt bestellt und als sein Vertreter der Sparkassendirektor Buettnner. Vom 1. Maerz 1939 ab waren die juedischen Anwaelte nicht mehr zugelassen, sondern nur noch ein Rechtskonsulent fuer juedische Parteien.

Um diese Zeit hatte die Hoehere Juedische Privatschule Dr. Ruth Rosenbaum bereits in Folge der Massenauswanderung ihrer Schueler die Tore schliessen muessen, und auch die juedische Volksschule war wesentlich verkleinert worden. Am 3. Mai 1939 ging der erste Kindertransport von 74 Kindern unter Leitung des Schulleiters Echt nach England ab, der zwar die Kinder in Sicherheit brachte, aber viele Eltern in Unsicherheit zurueckliess. Weitere Kindertransporte folgten in den naechsten Monaten bis unmittelbar vor Kriegsausbruch. Ebenso verliessen in den Sommermonaten grosse juedische Transporte nach Schanghai und nach Sued-Amerika Danzig. Ein Versuch seitens der Jewish Agency, noch einen Teil des in Danzig zurueckgelassenen juedischen Vermoegens im Wege des Warentransfers zu retten, kam zu spaet, da der Oberregierungsrat Hildebrandt am 15. August 1939 dem Vertreter der Agency, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Lewinsohn, mitteilen musste, dass der Kriegsausbruch unmittelbar bevorstehe. Tatsaechlich war der Anschluss Danzigs an das Deutsche Reich, der ja seit 1933 bereits de facto bestanden hatte, von Monat zu Monat deutlicher geworden, und es war nur eine Frage von Tagen, wann der Gauleiter Forster den Anschluss offiziell verkuenden wuerde. Ein weiterer Transport von 500 Juden hatte dem ersten Transport nach Palaestina folgen sollen, war aber durch dessen spaete Ankunft aufgehalten worden. Ebenso waren die Alten und Kranken, deren Auswanderung sich nicht durchfuehren liess, in Danzig zurueckgeblieben, und die Gemeinde hatte die Zusicherung erhalten, dass diese in dem Altersheim Aschenheim-Stift wuerden verbleiben koennen. Am 4. August 1939 trat Dr. Kurt Itzig von der Leitung der Gemeinde zurueck, um Danzig zu verlassen. An seine Stelle trat David Jonas, der langjaehrige Vorsitzende des Verbandes der juedischen Gewerbetreibenden. Bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 betrug die Zahl der noch in Danzig verbliebenen Juden wenig mehr als 1,000. Sofort nach Kriegsausbruch wurde eine grosse Anzahl Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten nach dem Konzentrationslager Stutthof gebracht, in dem sie fast alle ihr Leben liessen. Die verbleibenden Juden sollten Ende Dezember 1939 deportiert werden, doch gelang es David Jonas, die Deportation im Hinblick auf die bereits vorbereitete Auswanderung zu verhindern. Um diese Zeit verliess ein Transport von 50 Maennern und Frauen Danzig, um den Versuch zu machen, ueber Jugoslawien nach Palaestina zu gelangen. Sie wurden lange auf der Donau festgehalten und kamen fast alle ums Leben, als die Deutschen Jugoslawien eroberten und in dem Lager Sabac Tausende von Juden erschossen. Am 26. August 1940 verliessen die seinerzeit aufgehaltenen Fuenfhundert Danzig und kamen Ende des Jahres an die Kueste Palaestinas. Sie durften jedoch nicht landen, sondern wurden von den Mandatsbehoerden nach Mauritius deportiert und dort bis Ende des Krieges festgehalten. Am 1. Maerz 1941 wurden zahlreiche Insassen des Altersheims, unter Bruch der ihnen gegebenen Zusicherung, nach Warschau deportiert und fanden dort ihren Tod. Die letzten Insassen wurden Ende 1942 nach Theresienstadt ueberfuehrt, unter ihnen der letzte Vorsitzende der Gemeinde, David Jonas. Er ist in Theresienstadt gestorben.

Der Gauleiter Forster konnte, als er am 1. September 1939 seinem Fuehrer Danzig uebergab, sich ruehmen, dass er die erste Stadt im deutschen Gebiet so gut wie voellig judenrein gemacht habe. Das Einzige, was die Vertreter der juedischen Gemeinde am 8. Januar 1939 der Gemeinde vorbehalten hatten, war der juedische Friedhof in Stolzenberg gewesen, welcher der Gemeinde 10 Jahre lang zur Verfuegung stehen sollte. Sie konnten bei dieser denkwuerdigen Verhandlung nicht ahnen, dass sie mit diesem Vorbehalt der juedischen Gemeinde in Danzig einen Platz gesichert hatten, der laenger bestehen sollte als die Herrschaft Hitlers.

Institut für Zeitgeschichte	
ARCHIV	
Akz. 2733/61	Bast. ZS 1762
Rep.	Kat.

Dr. Erwin Lichtenstein.